

© Schwerpunkt »Wandel & Widerstand«

Agitation statt Agrarpolitik

Die AfD und ihre autoritär-populistischen Vereinnahmungsversuche.
Ein Kommentar zum Landwirtschaftsprogramm der Alternative für Deutschland¹

von Timeo Schneider

Seit den Bauernprotesten im Winter 2023/24 tritt die AfD vermehrt und erfolgreich mit landwirtschaftlichen Themen an die Öffentlichkeit und erreicht mit ihrem »Programm« zunehmend auch die in der Landwirtschaft tätigen Menschen. Wie die folgende Analyse der programmatisch agrarpolitischen Dokumente der AfD-Bundestagsfraktion zeigt, tritt die AfD mit einem in sich widersprüchlichen, aber strategisch konsistent eingesetzten agrarpolitischen Programm auf. Sie nutzt bestehendes Unbehagen in der Landwirtschaft – etwa durch wirtschaftlichen Druck, Strukturwandel und Krisenerfahrungen – und verstärkt es gezielt durch emotionalisierende Narrative. Diese Emotionalisierung soll weniger Probleme lösen als Wut und Misstrauen politisch nutzbar machen. Die Partei präsentiert sich als vermeintlicher Fürsprecher des »Bauernstandes«, während sie zugleich demokratische Institutionen delegitimiert. Insgesamt zeigt sich, dass ihre Agrarpolitik primär ein Vehikel autoritär-populistischer Mobilisierung ist.

Am Verhältnis der AfD zur Landwirtschaft² zeigt sich beispielhaft³, wie politische Akteure versuchen, die Landwirtschaft auf regressive Weise für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Während der Bauernproteste im Frühjahr 2024 wurde dies deutlich sichtbar. Das besondere an ihr ist, dass sie unter anderem auf parlamentarischer Ebene agiert und regelmäßig – beispielsweise durch das Einbringen von Bundestagsanträgen – versucht, die agrarpolitische Landschaft umzugestalten. Während die eigentliche agrarpolitische Linie weitestgehend unklar bleibt, offenbart sich eine durchaus konsistente Strategie der Partei. Es zeichnen sich insbesondere drei Phänomene ab, die sich hervorragend unter dem Konzept der politischen Agitation nach Leo Löwenthal und Norbert Guterman⁴ fassen und einordnen lassen. Diese sind (a) die massiven Widersprüche im Programm kombiniert mit (b) einer gezielten Emotionalisierung, welche (c) eine agrarpolitische Situation vorfinden, die einen durchaus fruchtbaren Nährboden für die Agitationsversuche der Partei bietet.

Das führt einerseits zu einer kritischen Bewertung der AfD-Agrarpolitik – sowohl fachlich als auch wegen ihrer autoritär-populistischen Ausrichtung. Andererseits zeigt es, dass sich die Landwirtschaft in Krisen

durchaus für derartige Einflussnahmen eignet. Denn mit Blick auf die Bauernproteste und die allgemeinen Wahlerfolge der AfD kristallisiert sich in der Landwirtschaft ein neuer Umgang mit Widersprüchen heraus. Auch hier scheinen Landwirt:innen zunehmend bereit zu sein, entgegen oder unbeachtet ihrer agrarpolitischen Interessen die emotionalisierenden Narrative, welche die AfD sät, zu teilen. Das Symbol der Ampel am Galgen während der Bauernproteste ist ein gutes Beispiel für die Prioritätensetzung von Teilen der Protestierenden. Für diese Gruppe Protestierender stehen Feindbilder und der Ausdruck von Wut im Vordergrund, auf deren Kanalisierung die Agrarpolitik der AfD zugeschnitten ist, im Kontrast zu einer ursächlichen Verbesserung der landwirtschaftlichen Umstände.

Die Bauernproteste bedeuteten zunächst eine Zäsur für die AfD-Landwirtschaftspolitik. Für eine Zeit lang schien die Agrarpolitik die Themensetzung der Partei zu dominieren und sorgte für eine breite Öffentlichkeit. Flankiert von diversen Solidaritätsbekundungen mit den Protestierenden veröffentlichte die Partei das *AfD-Sofortprogramm für unsere Landwirtschaft*. Neben Seitenhieben in Richtung der damaligen Regierung (Ampel) sowie der Europäischen Union sind die zentralen Forderungen dieses Papiers eine Verdopp-

lung der Agrardieselerückstattung, Abschaffung oder Ausgleich der KFZ-Besteuerung und die Halbierung der Energiepreise. Besagte Forderungen wurden aufgrund ihrer vermeintlichen Unvereinbarkeit mit der noch im *Bundestagswahlprogramm von 2016* vertretenen neoliberalen »Mehr-Wettbewerb, Weniger Subventionen« -Agrarpolitik von einigen kritischen Stimmen zum Anlass genommen, die AfD als opportunistisch und ihr Programm als widersprüchlich zu entlarven.⁵

Gegenüber dieser Kritik behaupteten sich die AfD-Narrative jedoch hartnäckig und es machte den Anschein, als hätte man in Teilen der Landwirtschaft unbeachtet dessen geradezu auf die AfD gewartet. Endlich, so schien es, wurden die agrarpolitischen Probleme klar und deutlich zum Ausdruck gebracht: Überregulierung, Strukturwandel, Flächenfraß und Lobbyismus bekamen eine Gegenstimme auf parlamentarischer Ebene, auf die Protestierenden wurde zugegangen. Und die klare Benennung vermeintlich Verantwortlicher stieß auf offene Ohren.⁶

Widersprüche im agrarpolitischen Programm

Bei Betrachtung des agrarpolitischen Programms inklusive der Bundestagsanträge seit Gründung der Partei wird unmittelbar ersichtlich, dass man es mit einem wenig kohärenten und schwer greifbaren Programm zu tun hat. Auffällig ist zuallererst die Diversität der auf Makroebene verfolgten agrarpolitischen Stoßrichtungen. Als Ziel formuliert die AfD eine unter anderem familiäre, technologisierte, traditionelle, digitalisierte, unsubventionierte, wettbewerbsfähige, bäuerliche und renationalisierte Landwirtschaft.⁷ Diese Attribute, welche auf konkreter Umsetzungsebene teilweise gegenteilige und widersprüchliche Forderungen erwarten lassen, zeichnen sich besonders durch ihre Vagheit und Diffusität aus. Fast jede erdenkliche agrarpolitische Forderung ließe sich im groben Rahmenprogramm der AfD unterbringen. Aus diesem Grund konnte die Partei problemlos uneingeschränkte Solidarität mit den Bauernprotesten aussprechen, die in sich keineswegs homogen waren und paradoxe Positionen beinhalteten.⁸

Doch wie sieht abgesehen davon das Programm auf konkreter Umsetzungsebene aus? Wie schafft es die AfD, das derart vage agrarpolitische Rahmenprogramm im reformpolitischen Betrieb – sei es durch Bundestagsanträge oder Wahlprogramme – darzustellen? Anhand von drei Beispielen lässt sich die agrarpolitische (Nicht-)Konsistenz der AfD gut verdeutlichen:

■ Während der Ökolandbau in der *Dresdner Erklärung* von 2019 noch in neoliberaler Manier als den Wettbewerb bereichernde »sinnvolle Ergänzung des

landwirtschaftlichen Portfolios« bezeichnet wird, sieht die AfD im *Hessischen Landtagswahlprogramm* von 2023 die Ernährungssicherheit unter anderem durch die Ökologische Landwirtschaft akut gefährdet. Oder sie bezeichnet in einem Bundestagsantrag mit dem Titel *Den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel wirksam reduzieren* (2019) schlicht die konventionelle Landwirtschaft, welche sich am integrierten Pflanzenschutz orientiere, als »nachhaltige [...] und ökologische Erzeugung«, womit sie indirekt die Unterschiede zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft leugnet.

■ Auch die landwirtschaftlichen Restriktionen sind Zielscheibe regelmäßiger Beanstandungen der AfD. Sie werden im *Bundestagswahlprogramm* von 2021 als »Entmündigung von Landwirten« aufgefasst und im Vorwort der *Dresdner Erklärung* ist die Rede von einer »Verschärfung der Regulierungswut durch ideologiegetriebene Maßnahmen ohne Sachverstand«. Umso verwunderlicher scheint es, dass in einem Bundestagsantrag zur *Verbesserung der Tierschutzkontrollen in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung* (2019) »effektivere Tierschutzkontrollen« mit »wirkungsvolleren Sanktionen« und sogar die Einrichtung eines »nationalen Kompetenzzentrums mit dem Schwerpunkt Überwachung« als Forderungen formuliert werden.

■ Die AfD warnt seit ihrem ersten *Bundestagswahlprogramm* von 2016 konstant vor den Folgen und Risiken der Gentechnik. Dabei ist nicht nur die Rede von ökologischen Aspekten, es wird auch richtigerweise ausdrücklich von einem mit der Liberalisierung einhergehenden »Konzentrationsprozess im kommerziellen Saatguthandel« gewarnt. Dieser Linie folgend erwähnt die Partei im nächsten *Bundestagswahlprogramm* (2021) die Gentechnik im gleichen Zuge mit Giftpflanzen. Sie legt hier außerdem großen Wert auf Verbraucherschutz, mit der Forderung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden sollten, »informierte und eigenverantwortliche Kaufentscheidungen treffen zu können. Produkte sollen deshalb nach festgelegten Standards gekennzeichnet werden. Die Auskunft über Inhaltsstoffe und Herkunft der Produkte ist zu verbessern«. All diesen bisherigen Positionen widersprechend, stimmte die AfD im Frühjahr 2024 auf EU-Ebene für die Wiederaufnahme der Deregulierungsbestrebungen der EU-Kommission.⁹ Sie handelt also im totalen Widerspruch zu ihrer bisherigen Position zur Gentechnik und zusätzlich zu ihrer Position zum Verbraucherschutz, denn mit der von der EU-Kommission zur Abstimmung gebrachten Forderung würde auch jegliche Kennzeichnungspflicht bei Anwendung Neuer Gentechnik wegfallen.

Kurzum: Die Liste, der hier nur teilweise angeführten Widersprüche ist lang und die Qualität der Wider-

sprüche spricht für sich. Denn sowohl bei den gelisteten Beispielen als auch bei der erwähnten Diskrepanz zwischen neoliberaler Wirtschaftspolitik und Forderung nach Landwirtschaftssubventionen handelt es sich keineswegs um Trivialitäten, sondern mitunter um die großen aktuellen und bestimmenden Themen in der Debatte um die Zukunft der deutschen Landwirtschaft.

Politische Agitation durch emotionalisierende Narrative

Doch nicht das gesamte Programm ist derart paradox. Es lässt sich unterteilen in zwei Ebenen, bestehend einerseits aus der oben genannten *manifesten*, praktisch agrarpolitischen und andererseits aus einer *latenten*, dauerhaft im Hintergrund mitschwingenden Ebene. Was die Kohärenz betrifft, bildet letztere einen klaren Kontrast zu ersterer. Denn angesichts der emotionalisierenden Narrative und schematischen Instrumentalisierung des auch bei den Bauernprotesten zum Ausdruck gekommenen Unbehagens herrscht im agrarpolitischen Programm der AfD Kohärenz und Eindeutigkeit.

Die prominent geforderte Renationalisierung der Landwirtschaft und die damit einhergehenden Schuldzuweisungen an wahlweise die aktuelle Regierung, die EU, Flüchtlinge, vermeintlich »Ideologieverblendete« oder Bürokraten, steht dabei am Ende des schematischen Vorgehens der AfD. Die Art und Weise, wie die Partei die angespannte Situation in der Landwirtschaft politisiert und zu diesen »Schlussfolgerungen« gelangt, lässt sich mit dem von Löwenthal und Guterman 1949 in *Prophets of Deceit*¹⁰ entwickelten Konzept der Agitation veranschaulichen und einordnen. Denn ähnlich wie die von Löwenthal und Guterman beobachteten Demagogen zur Zeit des Zweiten Weltkrieges in den USA, welche oftmals mit Hitler oder Mussolini sympathisierten und durch antisemitische Äußerungen auffielen, zielt auch die AfD-Landwirtschaftsprogrammatik auf emotionale Komplexe ab, anstatt die jeweilige Problemursache anzugehen. Die Erfolgsgrundlage von Agitation ist dabei immer Unbehagen auf gesellschaftlicher sowie individueller Ebene. Diese sind offensichtlich in der Landwirtschaft reichlich vorhanden. Dementsprechend ist es nicht in agitatorischer Absicht, dieses Unbehagen zu verringern, im Gegenteil: Ein zentrales Element der AfD-Agrarpolitik besteht in der Konstruktion oder Steigerung einer Bedrohungslage, also dem Schüren von Unbehagen.

Konkret lässt sich diesem Vorgang durch die Analyse einiger sich gegenseitig bedingender emotionaler Komplexe annähern. Neben Misstrauen, Vorenthaltung und Bevormundung spielt das Schüren von Angst

im Programm der AfD eine exponierte Rolle, insbesondere Angst vor »Kulturverfall«, vor Fremdartigkeit und vor Chaoszuständen. Letztere tritt besonders in der häufig wiederholten Bezifferung einer vermeintlich lauernden Bedrohung der Ernährungssicherheit in Deutschland zum Vorschein.¹¹ Tatsächlich ist es allerdings laut dem Bundeslandwirtschaftsministerium sehr gut um die Ernährungssicherheit hierzulande bestellt. Als Gründe für globale Ernährungsunsicherheiten listet das Ministerium – im Einklang mit dem entwicklungspolitischen *common sense* – Armut, Ungleichheit, Kriege und insbesondere den Klimawandel, inklusive des Verlusts an Biodiversität, auf.¹² Anstelle jedoch auf diese Ursachen zu referieren, propagiert die AfD eine Renationalisierung der Landwirtschaft, leugnet den menschengemachten Klimawandel und schimpft auf die EU.

Allein die Wortwahl des traditionell sachlichen Formats der programmatischen Schriften und Bundestagsanträge suggeriert an vielen Stellen drohendes oder bestehendes Chaos. In den AfD-Programmen ist die Rede von einer »galoppierenden Inflation«, davon, dass Betriebe »zerschlagen« würden, vom »Sterben« der Höfe, einer »fortschreitende[n] Entmündigung«, »massiven Ernterückgängen«, von »Flächenfraß«, »Regulierungswut« und »Energiepreis-Extremismus«.¹³ Außerdem verlangt sie im *Wahlprogramm für den Hessischen Landtag (2023)* eine Förderung für die Landwirtschaft bei der »Beschaffung von Notstromaggregaten und Kraftstofflagern«.

Es wird deutlich, wie einerseits Bedrohungslagen konstruiert werden, etwa bei der vermeintlichen Gefährdung der Ernährungssicherheit, und andererseits bestehende Missstände instrumentalisiert werden, beispielsweise mit der Nennung des Höfesterbens. Denn Begriffe wie das Höfesterben stammen keineswegs von der AfD, sondern finden genauso ihren Platz bei progressiven kleinbäuerlichen Bewegungen wie etwa der Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft (AbL). In der Artikulation von Beschwerden gibt es also durchaus eine große Schnittmenge.

Der entscheidende Unterschied findet sich in der konkreten Zielsetzung, also *wie* mit den Problemen umgegangen werden soll. Und hier deutet sich aufgrund erläuterter Widersprüche und Diffusitäten an, dass es der AfD lediglich um die emotionale Anschlussfähigkeit der Beschwerden geht, nicht aber um eine Adressierung der tatsächlichen Ursachen. Es kristallisiert sich deutlich das Narrativ des Scheiterns der »Anderen« heraus, also eine konstruierte Endzeitstimmung – bei direkter Verantwortungszuweisung an jene »Anderen«. Mit Vehemenz arbeitet die AfD daran, das Krisenempfinden in der (ländlichen) Bevölkerung zu steigern, damit sie schließlich in populistischer Manier als Sprachrohr aller Bäuerinnen

und Bauern und als letzte Bastion der »guten alten Ordnung« auftreten kann. Dass Krisen schon immer Bestandteil politischer Entwicklungen waren, ist eine unwillkommene und von der Partei bewusst ausgeblendete Tatsache.

Das Arbeiten mit Angst vor »Fremdartigkeit« und »Kulturverfall« grenzt die zuvor konstruierte Einheit der Bauernproteste oder gar des »Bauernstandes«, als dessen Fürsprecherin die AfD sich gibt, deutlich nach außen ab. Auf agrarpolitischer Ebene wird sich hierbei einer großen Bandbreite an Narrativen bedient. Angefangen beim laut dem *Bundestagswahlprogramm* von 2021 erforderlichen »Schutz der heimischen Ökosysteme« vor der »Einschleppung invasiver Tier- und Pflanzenarten« und der damit einhergehenden, ökologisch kaum zu rechtfertigenden Hierarchisierung zwischen »fremden« und »heimischen« Arten,¹⁴ wird dieses Bild auf weitere Ebenen übertragen. Als Beispiel ist das in fast jedem Wahlprogramm geforderte Schächtungsverbot zu nennen, welches eine marginale praktische Rolle spielt,¹⁵ aber eine lange antisemitische und islamophobe Tradition hat.¹⁶ In diesem Beispiel vollzieht sich die für den Antisemitismus typische, aber auch im Rassismus geläufige Transformation der marginalisierten und subalternen Subjekte, welche eigentlich Opfer bestehender Herrschaftsstrukturen sind, hin zu einer übermächtigen äußeren Bedrohung, indem genannten Gruppen »barbarische Praktiken« zugewiesen werden.

Außerdem wird im *Agrarpolitischen Leitbild* (2020) »international tätigen Konzernen«, welche den Bodenmarkt unter Druck setzten und dadurch traditionelle Familienbetriebe verdrängen würden, die Feindschaft erklärt. Denn damit komme laut der Partei die Möglichkeit abhanden, der »immer größer werdenden Entfremdung zwischen der urbanen Gesellschaft und der landwirtschaftlichen Produktion« entgegenzuwirken. Hieran zeigt sich der Facettenreichtum in der Emotionalisierung des »Fremden«. Es werden, wie die letzten Beispiele verdeutlichen, nicht nur Ressentiments gegen Geflüchtete geschürt, sondern auch antimoderne Narrative in Form von Stadt-Land-Dichotomien und Antiinternationalismus bedient. Diesem konstruierten »negativen Fremden« steht laut der AfD schließlich die unmittelbar bedrohte Heimat, Kultur und Ernährungssicherheit gegenüber. Parallel wird der »Bauernstand« zum geradezu heroischen Apologeten der »bedrohten Ordnung«. Denn »der Bauer« habe, laut *Agrarpolischem Leitbild* (2020), neben der Nahrungsmittelversorgung zudem die Rolle der »Pfleger und Gestaltung der Kulturlandschaft« sowie der »Aufrechterhaltung von Tradition und Kultur«.

Wie der Blick in die Programme zeigt, ist der AfD kaum ein agrarpolitischer Selbstzweck zuzugestehen. Die Themen dienen vielmehr als Vehikel, um zu

einem Zeitpunkt agitatorisch tätig zu werden, an welchem das bestehende Unbehagen offenbar nur darauf wartet, mobilisiert zu werden.

Agitation inmitten des demokratischen Systems

Es kristallisiert sich eine agitatorische Struktur heraus, indem in einem ersten Schritt Krisensituationen benannt oder konstruiert werden, die auf unterschiedliche emotionale Komplexe der potenziellen Anhängerschaft abzielen. In einem zweiten Schritt bietet die AfD Pseudolösungen für die angeführten Probleme, welche entweder bei einem Fingerdeut auf Feindbilder oder beim Appell an eine Renationalisierung enden. Keine der beiden Varianten streift dabei auch nur die materiellen Ursachen agrarpolitischer Probleme.

Besorgniserregend ist, dass Agitation, wie sie bereits Löwenthal und Guterman identifizierten, offensichtlich nicht mehr einzelnen randständigen Agitatoren vorbehalten ist, sondern auch hierzulande inmitten eines demokratischen Systems stattfindet. Agitation in diesem Sinne ist immer auf Macht aus und beruht auf autoritären Prinzipien. Selbst wenn die AfD in ihrem *Agrarpolitischen Leitbild* von einer »Redemokratisierung« der Agrarpolitik spricht, ist dem kaum Glauben zu schenken. Denn, was sich hinter diesen positiven Demokratiebezügen, die meist mit Delegitimierungsversuchen und Ideologievorwürfen an die bestehende Regierung einhergehen, verbirgt, ist das strategische Zuweisen autoritärer Merkmale an dieselbe. Wenn die AfD also Landwirte als »entmündigt«, »staatlich bevormundet« und Opfer einer »rigorose[n] Verbots-

Folgerungen & Forderungen

- Die Vielzahl programmatischer Widersprüche ist kein Zufall, sondern Teil einer strategischen Unschärfe, die es der AfD erlaubt, sich wechselnden Stimmungen und heterogenen Gruppen opportunistisch anzupassen.
- Die AfD nutzt agrarpolitische Themen primär als politisches Vehikel, nicht als Feld ernsthafter Sachpolitik; ihre Positionen sind deshalb vor allem an emotionaler Wirkung, nicht an fachlicher Kohärenz orientiert.
- Die Partei bedient sich regressiver Narrative (z. B. Kulturverfall, Bedrohung durch »Fremdes«) und trägt damit zur Normalisierung ausgrenzender und autoritärer Denkmuster im agrarpolitischen Diskurs bei.
- Die Emotionalisierung, insbesondere durch Angst, Misstrauen und Feindbildkonstruktion, dient einer autoritären Normalisierung, nicht der Lösung realer agrarpolitischer Herausforderungen.

politik« bezeichnet,¹⁷ weicht sie damit die Grenze zwischen Demokratie und Autoritarismus auf. Sobald die aktuelle Regierung erfolgreich als autoritär diffamiert ist, werden die eigenen Positionen indirekt legitimiert, relativiert und in ein »rechtsstaatlicheres« Licht gerückt. Das Programm der AfD muss also immer vor dem Hintergrund autoritärer Absichten bewertet werden, denn diese ragen nicht nur zum agrarpolitischen Teil herüber, sondern prägen diesen entscheidend. Das Scheitern besagter Entlarvungsversuche durch kritische Journalist:innen im Zuge der Bauernproteste ist dementsprechend kein Zufall, sondern dadurch bedingt, dass die AfD überhaupt nicht den Selbstanspruch einer akkuraten Landwirtschaftspolitik hegt bzw. hegen muss.

Für die Analyse bedeutet das konkret, dass sie nicht auf der manifesten Ebene verbleiben darf, sondern Aspekte von Autoritarismus und Populismus miteinbeziehen muss. Auf politischer Ebene ließe sich dem mit einer glaubhaften, ursächlichen und auch empathischen Agrarpolitik begegnen, denn wo weniger Unbehagen vorzufinden ist, wird auch die Agitation ihres Fundaments beraubt.

Anmerkungen

- 1 Teile dieser Artikel wurden bereits veröffentlicht unter: T. Schneider und A. Braun: *AfD und Landwirtschaft: Agitation und Unbehagen. Ein Kommentar zum Landwirtschaftsprogramm der Alternative für Deutschland*. In: *Forum Wissenschaft* 42/2 (2025), S. 25-28.
- 2 Die berücksichtigten Dokumente welche als Grundlage zur Analyse dieses Verhältnisses dienen sind: alle Parteiprogramme der AfD zu den Bundestags- und EU-Parlamentswahlen, alle Parteiprogramme für die Landtagswahlen in Sachsen und Hessen, weitere programmatische agrarpolitische Schriften der AfD (AfD-Sofortprogramm für unsere Landwirtschaft [2024], Agrarpolitisches Leitbild [2020], Dresdner Erklärung [2019]) und alle eingebrachten Bundestagsanträge der AfD Fraktion zu landwirtschaftlichen Themen bis August 2024. Diese Dokumente sind, sofern nicht anders angegeben, die Referenz der in diesem Artikel getätigten Aussagen über die AfD.
- 3 Dazu zählt unter anderem die Landvolkbewegung oder das Phänomen Anthony Lee.
- 4 L. Löwenthal and N. Guterman: *Prophets of deceit. A study of techniques of the american agitator*. New York 1949. – Zentrale Aussagen finden sich auf Deutsch in L. Löwenthal: *Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation*. Frankfurt am Main 2021.
- 5 Zu den kritischen Artikeln zählen folgende: S. Munke: *AfD inszeniert sich als Retter der Bauern – doch es gibt Widersprüche zum Wahlprogramm*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 10. Januar 2024 (www.fr.de/politik/afd-bauernproteste-subventionen-bauern-landwirtschaft-sofortprogramm-wahlprogramm-parteien-ampel-politik-zr-92768022.html). – D. Neuer: »Populistisch und verlogen« – die entlarvende Bauern-Strategie der AfD, in: *Handelsblatt* vom 18. Januar 2024 (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bauernprotese-und-afd-populistisch-und-verlogen-die-entlarvende-bauern-strategie-der-afd/10000740.html). – T. Steffen: *Die inneren Widersprüche sind nicht zu übersehen*, in: *Zeit Online* vom 14. Januar 2024 (www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/landwirte-proteste-afd-subventionen-programm).

- 6 Wie die Studie von M. Franz et al. zu den Bauernprotesten 2024 verdeutlicht, gibt es eine steigende Tendenz der Angaben zur Wahl der AfD unter den Protestierenden im Vergleich zu 2020. Vgl. M. Franz et al.: *Landwirtschaft in der Krise? Landwirtschaftsproteste 2023/24 und die Perspektiven der Landwirtinnen und Landwirte*. Osnabrück 2024. – Siehe dazu auch dem Beitrag von Hajo Holst, Steffen Niehoff und Martin Franz in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 18-24.
- 7 Datengrundlage für diese Aussage sind die untersuchten AfD-Dokumente (siehe Anm. 2).
- 8 T. Busse und C. Grefe: *Die aufgestaute Wut: Landwirte in der Zerreißprobe*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Februar 2024 (www.blaetter.de/ausgabe/2024/februar/die-aufgestaute-wut-landwirte-in-der-zerreissprobe?check_logged_in=1).
- 9 Vgl. dazu A. Volling: *Neue Gentechnik im Europäischen Parlament*. In: *Unabhängige Bauernstimme* 3 (2024), S. 18 (www.abl-ev.de/apendix/news/details/neue-gentechnik-im-europaischen-parlament) sowie die verschiedenen Beiträge im Kapitel »Gentechnik« der vergangenen Ausgaben des *Kritischen Agrarberichts*. Zum aktuellen Stand der politischen Debatte siehe den Jahresrückblick von Annemarie Volling in diesem *Kritischen Agrarbericht*, S. 293-302.
- 10 Löwenthal and Guterman (siehe Anm. 4).
- 11 Datengrundlage für diese Aussage sind die untersuchten AfD-Dokumente (siehe Anm. 2).
- 12 Vgl. Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat: *Globale Ernährungssicherung [2025]* (www.bmel.de/DE/themen/internationales/agenda-2030/globale-ernaehrungssicherung.html).
- 13 Zitate der Reihe nach auffindbar in: *Wahlprogramm zur sächsischen Landtagswahl* (2014), *Agrarpolitisches Leitbild* (2020), *Wahlprogramm zur Bundestagswahl* (2021), *AfD-Sofortprogramm für unsere Landwirtschaft* (2024), *Wahlprogramm zur hessischen Landtagswahl* (2023).
- 14 Die Fachstelle für Radikalisierungsprävention im Natur- und Umweltschutz beschreibt diese Problematik sehr treffend. Als eigentliche Ursachen für problematische invasive Arten benennen sie den Klimawandel, die Globalisierung und Intensivlandwirtschaft. Vgl. FARN: *Wenn Rechtsextreme von Naturschutz reden – Argumente und Mythen*, Berlin: Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz. Berlin 2019 (www.nf-farn.de/wenn-rechtsextreme-von-naturschutz-reden).
- 15 Die Zahlen zu Schächtungen werden in Deutschland nicht zentral erfasst. Das Niedersächsische Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gibt allerdings an, dass seit 2020 kein einziger Antrag auf Schächtung ohne Betäubung gestellt wurde. Vgl. ML Niedersachsen: *Islamisches Opferfest [2025]* (www.ml.niedersachsen.de/startseite/themen/tiergesundheit_tierschutz/tierschutz_allgemein/islamisches-opferfest-4217.html).
- 16 Barbara Vernerito beschreibt detailliert die antisemitischen Ursprünge der Antischächtungsbewegung. Vgl. B. Venerito: *Antischächtbewegung und Antisemitismus in Deutschland von 1867 bis 1914*. Dissertation FU Berlin, Berlin 2018.
- 17 Zitate auffindbar in: *AfD Europawahlprogramm* (2019).



Timeo Schneider

Angehender Doktorand im Themenbereich Mensch-Natur-Verhältnis und AfD an der Uni Kassel.

timeo@gmx.de